SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

De-Industrialisierung und Sozialstaatsexpansion: gibt es einen Zusammenhang?

Manow, Philip

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Manow, P. (2010). De-Industrialisierung und Sozialstaatsexpansion: gibt es einen Zusammenhang? *ZeS Report*, *15*(2), 1-8. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-350123

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

ZeS report
Zentrum für Sozialpolitik
15. Jahrgang, Nr. 2 Dezember 2010

De-Industrialisierung und Sozialstaatsexpansion – gibt es einen Zusammenhang?

von Philip Manow

I. Einleitung[1]

In diesem Beitrag wird die Frage aufgegriffen, ob und wenn ja, in welchem spezifischen Sinne die De-Industrialisierung auf den Wohlfahrtsstaat westlicher Prägung gewirkt hat. Diese Debatte wurde vor einiger Zeit erneut angestoßen durch zwei innerhalb der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung sehr einflussreiche Artikel zweier amerikanischer Politikwissenschaftler, Torben Iversen und Thomas Cusack, in denen die beiden die herrschende Meinung über die Determinanten der wohlfahrtsstaatlichen Expansionsentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg grundlegend in Frage stellten. [2]

Die zentrale These von Iversen und Cusack lautete, dass ein kritischer, in der Literatur jedoch bislang kaum gewürdigter sozialstaatlicher Wachstumsfaktor der wirtschaftliche Strukturwandel, die De-Industrialisierung, d.h. die Transformation der modernen Industriestaaten in Dienstleistungsgesellschaften gewesen ist.

Gegen vorherrschende Interpretationen, die etwa in der variierenden Stärke der Arbeiterbewegung (gemessen als Stimmenanteile sozialdemokratischer Parteien und/oder Organisationsstärke der Gewerkschaften) den Haupterklärungsfaktor für unter-

1 Dieser Beitrag geht zurück auf eine gemeinsam mit meinen Kollegen Kees van Kersbergen und Gijs Schuhmacher verfasste Studie (Philip Manow/Kees van Kersbergen/Gijs Schuhmacher, Sectoral Change and the Expansion of the Welfare State: Re-visiting the 'De-industrialization' Thesis, in: Anne Wren (Hg.), The Political Economy of the Post-Industrial Age, im Erscheinen). Wir sind Anne Wren, Torben Iversen und David Soskice für ihre hilfreichen Kommentare sehr dankbar. Eine lange und empirisch ausführlichere Version ist demnächst als ZeS-Arbeitspapier verfügbar.

2 Torben Iversen/Thomas R. Cusack, The Causes of Welfare State Expansion. Deindustralization or Globalization? in: World Politics [WP], 52 (2000) 3, S. 313-349; Torben Iversen, The Dynamics of Welfare State Expansion: Trade Openness, De-industrialization, and Partisan Politics, in: Paul Pierson (Hg.), The New Politics of the Welfare State, New York 2001, S. 45-79.

Aus dem Inhalt

- De-Industralisierung und Sozialstaatsexpansion - gibt es einen Zusammenhang? 1
- The Current Economic Crisis and the Welfare State 9
- Haushaltsnahe Dienstleistungen 11
- Berichte 13
  - Tagungen 16
  - Projekte 18
  - Personalia 21
- Veröffentlichungen 21

Editorial

Zum zweiten Mal innerhalb nur eines Jahres hat die Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung des ZeS Zuwachs zu verzeichnen: Der Politikwissenschaftler Philip Manow hat im Oktober 2010 seine Tätigkeit als Professor der Universität Bremen aufgenommen und wird gemeinsam mit Stefan Traub die Abteilungsleitung übernehmen. Über seine Ankunft in Bremen und besonders über sein ausgesprochen vielseitiges Themenportfolio freuen wir uns sehr! Der hier abgedruckte Aufsatz, der mit der Politischen Ökonomie und der Vergleichenden Sozialstaatsforschung zwei seine Arbeitsschwerpunkte anreißt, widmet sich einer aktuellen Debatte über den Zuwachs von Wohlfahrtsstaatlichkeit im Übergang von modernen Industrie- zu Dienstleistungsstaaten.

Ebenfalls vor einem Jahr ging es an genau dieser Stelle um den zwanzigsten Geburtstag des Zentrums und damit um eine Erfolgsgeschichte, um Kontinuität und Tradition. Nun weiß man, dass allzu feste Vergangenheitsbindungen noch keinem wissenschaftlichen Betrieb auf Dauer gut getan haben. Vielleicht kann man es in diesem Sinne auch als eine präventive Maßnahme, also eigentlich als gute Nachricht verstehen, dass unser Haus zum Jahreswechsel seinen Standort - und den Charakter seiner Architektur - wechseln wird. Das ZeS zieht um! Nach fast 20 Jahren im altehrwürdigen Barkhof finden wir uns im neuen Jahr im modernen UNICOM-Gebäude in Campusnähe wieder. Bitte beachten Sie: Mit der Haus- und Postadresse werden sich auch die meisten Kontaktdaten ändern. Wichtige Informationen dazu auf der letzten Seite dieses ZeS reports und natürlich auf unserer Institutshomepage.

Christian Peters

schiedliche Ausprägungen von Wohlfahrtsstaatlichkeit sehen, betonen Iversen und Cusack die immensen kollektiven und individuellen Anpassungskosten, die durch den rapiden Sektorwandel nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden. Die zwei Autoren subsumieren dabei sowohl den Beschäftigungsrückgang im Ersten als auch im Zweiten Sektor unter den Oberbegriff der 'De-Industrialisierung'. Nach Cusack und Iversen ist es vor allem das unterschiedliche Ausmaß wirtschaftlichen Strukturwandels, das die variierenden Verlaufskurven der Wohlfahrtsstaatsexpansion nach 1945 erklärt. In ihrem Argument spielt – unausgesprochen – das ‚Timing' von Industrialisierung und De-Industrialisierung eine wichtige Rolle: Spät industrialisierende Länder industrialisieren sich umfassender als früh industrialisierende Länder – abzulesen etwa an dem Beschäftigungsanteil des Zweiten Sektors an der Gesamtbeschäftigung. Der Strukturwandel erfasst diese Länder damit aber auch heftiger: in einem kürzeren Zeitraum vollzieht sich ein grundlegenderer Wandel ihrer Beschäftigungsstrukturen.[3] Dies – so Iversen und Cusack – bestimmt dann auch das Ausmaß der politischen Nachfrage nach sozialstaatlicher Intervention.

Das zentrale Argument von Iversen und Cusack lautet, dass die politische Nachfrage nach sozialstaatlicher Absicherung und Kompensation des Strukturwandels dann entsteht, wenn technologischer Wandel Beschäftigung in einem der traditionellen Sektoren – der Landwirtschaft oder der Industrie – bedroht. Nachfrage nach sozialstaatlicher Kompensation wird politisch artikuliert, wenn Beschäftigte vom Strukturwandel die Entwertung ihrer Qualifikationen fürchten, weil sie diese nicht friktionslos in andere Sektoren ‚transportieren' können. Anders formuliert: würde der Industriearbeiter oder der Landwirt zu ähnlichen Bedingungen im Dienstleistungssektor Beschäftigung finden, entstünde kein besonderer sozialstaatlicher Kompensations- und Interventionsbedarf. Erweisen sich die Sektorgrenzen hingegen als Beschäftigungshindernis, insbesondere als Qualifikationsbarriere, entsteht der politische Wunsch nach sozialstaatlicher Kompensation, etwa in der Form von Frühverrentungsprogrammen, Umschulungen, aktiver Arbeitsmarktpolitik oder sozialstaatlichen Lohnersatzleistungen. In ihrer Untersuchung der Sozialstaatsentwicklung in 15 OECD-Ländern behaupten die Autoren, empirische Bestätigung für ihre De-Industrialisierungsthese gefunden zu haben: der Strukturwandel erweist sich – folgt man Iversen und Cusack – als ein besonders erklärungskräftiger, aber bislang kaum beachteter Faktor in der wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsentwicklung.[4]

Im Folgenden soll es um eine kritische Würdigung der De-Industrialisierungsthese gehen. Ich argumentiere zunächst, dass es problematisch ist, den Beschäftigungsrückgang im industriellen und im Agrarsektor in einer einzigen De-Industrialisierungsvariablen zusammen zufassen. Das ignoriert die heterogene Ausgangslage der europäischen Volkswirtschaften, insbesondere was den Umfang ihrer Agrarbeschäftigung nach dem Zweiten Weltkrieg anbetrifft, und führt daher auch zu Fehlschlüssen über die Ursachen für die Divergenz ihrer wohlfahrtsstaatlichen Pfadverläufe.[5] Die Subsumption des Beschäftigungsrückgangs sowohl im landwirtschaftlichen wie auch im industriellen Sektor unter den Begriff der De-Industrialisierung beruht meines Erachtens auf mindestens drei problematischen Annahmen: Erstens geht sie davon aus, dass der Übergang vom Ersten zum Zweiten Sektor in den 50er und 60er Jahren sich als genauso problematisch darstellt wie der Übergang von der Landwirtschaft, insbesondere aber der Industrie in den Dienstleistungssektor in den 1970er und 1980er Jahren.

Anders formuliert: die Autoren nehmen an, dass die Qualifikationsbarrieren zwischen dem Ersten und Zweiten Sektor ähnlich hoch gewesen sind wie die zwischen Erstem und Zweitem Sektor einerseits und dem Dienstleitungssektor andererseits. Dies ist unplausibel. Zweitens beruht das Argument auf der Annahme, dass Landwirte und Arbeiter gleichermaßen erfolgreich ihre (identischen?) politischen Forderungen nach sozialstaatlicher Abfederung des Strukturwandels formulieren konnten, unabhängig davon, ob die Bauern in einem Land über eigene politische Repräsentanten im Parteiensystem verfügen (wie z.B. in Skandinavien durch die Agrarparteien), oder nicht (wie z.B. auf dem europäischen Kontinent).[6] Drittens, und damit zusammenhängend, schenken Iversen und Cusack der Frage keine Beachtung, inwieweit die 'De-Ruralisierung' überhaupt ein nationales oder aber eher ein europäisches Thema war – wie für alle EU-Mitgliedsländer seit den Römischen Verträgen von 1957.[7] Dies weist auch darauf hin, dass oftmals Protektionismus die staatliche Antwort auf den Strukturwandel im Agrarsektor gewesen ist, sozialstaatliche Kompensation hingegen die Antwort des Staates

Professor Philip Manow hat im Oktober 2010 seine Tätigkeit als Professor der Universität Bremen und als Leiter der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung am Zentrum für Sozialpolitik aufgenommen. Letztere wird er mit Professor Stefan Traub, der vor einem Jahr zum ZeS gestoßen ist, führen. Philip Manows Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen der Politischen Ökonomie, dem Wohlfahrtsstaatsvergleich, dem politischen System der Bundesrepublik und der Europäischen Integration. Zuvor war er an den Universitäten Heidelberg und Konstanz sowie am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln tätig. Am Zentrum für Sozialpolitik wird Philip Manow insbesondere zum Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Strukturwandel, Sozialpolitik und Parteienwettbewerb arbeiten und an der Universität Bremen wird er Veranstaltungen zur Sozialpolitik, der Vergleichenden Politikwissenschaft und dem politischen System der Bundesrepublik anbieten.

3 Vgl. Alexander Gerschenkron, Economic Backwardness in Historical Perspective. Cambridge, Mass. 1962.

4 Iversen/ Cusack, The Causes of Welfare State Expansion, in: WP 52 (2000) 3, S. 313-349.

5 siehe Abbildung 1a und 1b.

6 Daniele Caramani, The Nationalization of Politics. The Formation of National Electorates and Party Systems in Western Europe, New York, 2004.

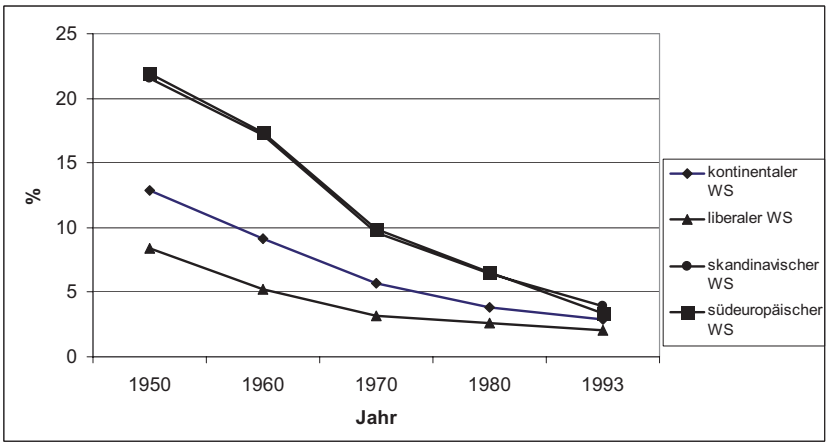
7 Edmund Neville-Rolfe, The Politics of Agriculture in the European Community, London 1984.

auf den Übergang in die Dienstleistungsgesellschaft. Die politischen Forderungen der Landwirte und der Industriearbeiter waren offensichtlich nicht identisch.

Schließlich kritisiere ich mit einem mehr methodischen Einwand die Betrachtung von Beschäftigungsanteilen (Anzahl der Erwerbsbevölkerung in Prozent) bei der Rekonstruktion des Sektorwandels, da das theoretische Argument von Iversen und Cusack auf der absoluten Anzahl von (freigesetzten) Arbeitern beruht. Tatsächlich aber sind schrumpfende Beschäftigungsanteile von Landwirtschaft oder Industrie nicht zwangsläufig ein Indikator für Beschäftigungsverlust im Ersten oder Zweiten Sektor. Sinkende Anteile bilden vielmehr oft grundlegendere demographische Veränderungen ab, wie z.B. den Anstieg der erwerbstätigen Bevölkerung durch Immigration oder den Babyboom der 60er Jahre. In allen 15 westlichen Industrieländern der Iversen/ Cusack-Studie stieg in den Jahren zwischen 1960 und 1993 die Erwerbsbevölkerung an, zum Teil eher geringfügig (z.B. im Vereinigten Königreich um 10 Prozent), zum Teil aber ganz erheblich (z.B. in Kanada um 85 Prozent). Betrachten wir jedoch die absoluten Zahlen anstatt der Beschäftigungsanteile, zeigt sich, dass in einer Vielzahl von Ländern zwischen den 1950er und den 1990er Jahren – also in der Zeit der nachhaltigen Wohlfahrtsstaatexpansion – gar keine De-Industrialisierung in Sinne eines Rückgangs der absoluten Beschäftigtenzahlen in den traditionellen Sektoren stattfand.

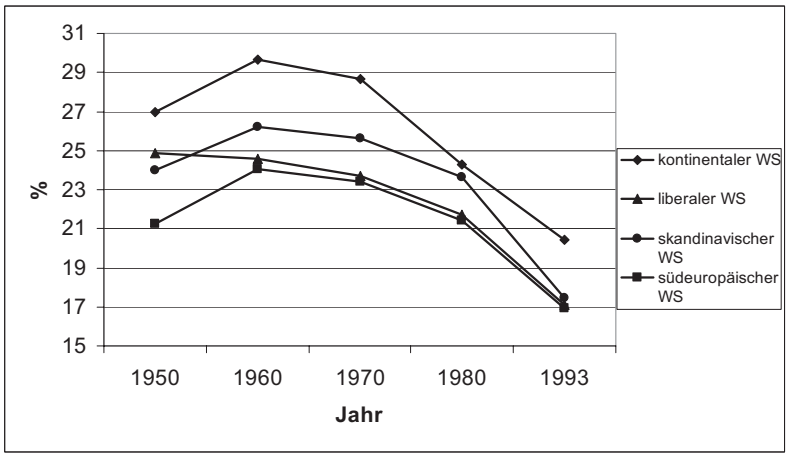
Was aber zeigt sich, wenn man den Effekt der De-Industrialisierung sowohl für verschiedene Zeitabschnitte, als auch getrennt für den Ersten und Zweiten Sektor, und schließlich bereinigt um den Einfluss generellerer demographischer Veränderungen betrachtet? Hier wird argumentiert, dass De-Industrialisierung keine besondere Determinante des Wohlfahrtsstaatswachstums der Nachkriegsperiode war. Der Übergang in eine Dienstleistungsökonomie seit den 1970er Jahren hat zwar nachweislich zur Ausweitung sozialstaatlicher Ausgaben beigetragen – vor allem durch niedrigere Wachstumsraten und erhöhte Arbeitslosigkeit – aber die unterschiedlichen sozialstaatlichen Entwicklungspfade lassen sich nicht durch das variierende Ausmaß des Strukturwandels in den ersten beiden Nachkriegsdekaden erklären. Vor dem Hintergrund dieses Befundes skizziere ich zum Abschluss eine alternative Erklärung für den Zusammenhang von Strukturwandel und Wohlfahrtsstaat.

Abb. 1a: Beschäftigungsanteile des Agrarsektors in % der erwerbstätigen Bevölkerung, 1950-1993



(Quelle: OECD, verschiedene Jahre)

Abb. 1b: Beschäftigungsanteile des Industriesektors in % der erwerbstätigen Bevölkerung, 1950-1993



(Quelle: OECD, verschiedene Jahre)

II. Zeit- und regimespezifische Effekte der De-Industrialisierung

Ausgehend von der Beobachtung der manifesten Unterschiede, die hinsichtlich der sektorspezifischen Beschäftigung zwischen den Ländern Westeuropas plus Nordamerika und Japan nach dem 2. Weltkrieg bestanden (siehe Abbildung 1a und 1b), schlage ich vor, zwischen dem Beschäftigungsrückgang im Ersten und Zweiten Sektor zu unterscheiden. Diese Unterscheidung wird uns auch helfen, die unterschiedlichen politischen Prozesse besser zu verstehen, die durch Veränderungen in den einzelnen Sektoren ausgelöst wurden.

Wie aus den Abbildungen 1a und 1b ersichtlich, finden wir innerhalb der Länder Kontinentaleuropas, die alle ausgesprochen großzügige Wohlfahrtsstaaten beheimaten, in der unmittelbaren Nachkriegsphase deutliche Unterschiede hinsichtlich der Beschäftigungsanteile im Ersten und Zweiten Sektor. Italien und Frankreich weisen in den 50er Jahren immer noch eine Agrarbeschäftigung von über 20 % auf, während der Agrarsektor in den Benelux-Staaten oder in Deutschland in der Nachkriegszeit nur mehr 6 % (Belgien) bis 15 % (Deutschland) der Gesamtbeschäftigung ausmacht. Hinsichtlich dieses sektoralen Beschäftigungsmusters ähneln sich Süd- und Nordeuropa. Auch die skandinavischen Länder traten in die Nachkriegsära mit einem Beschäftigungsanteil im landwirtschaftlichen Bereich von durchschnittlich über 20 % ein (wobei Schweden und Dänemark unter und Finnland und Norwegen über diesem Durchschnitt lagen). Im Dienstleistungssektor machen sich zwischen diesen beiden Ländergruppen jedoch im Verlauf der Zeit tiefgreifende Unterschiede bemerkbar: Hier steigt in Skandinavien die Beschäftigung in den 70er Jahren steil an aufgrund – wie zu zeigen sein wird (s.u.) – einer spezifischen ‚aktiven Politik des Sektorwandels' der nordischen Länder. Dass diesen der Übergang in die Dienstleistungsgesellschaft sehr viel besser gelingt, als den kontinen-

taleuropäischen Wohlfahrtsstaaten, ist hinlänglich bekannt.[8]

Aus den Abbildungen 1a und 1b ist auch das unterschiedliche Ausmaß ersichtlich, mit der Länder überhaupt ‚industrialisiert' wurden. Eine Folge ist, dass einige Länder – besonders diejenigen, die zum südkontinentalen Regime zu rechnen sind – einen direkteren Übergang vom landwirtschaftlichen in den Dienstleistungssektor genommen haben. Eine Rolle hierbei spielte ebenfalls die Arbeitsmigration (die bei Cusack und Iversen nicht berücksichtigt ist): Die in der Landwirtschaft freigesetzten Arbeiter aus den südeuropäischen Ländern fanden in den 1950er und 1960er Jahren Beschäftigung in den expandierenden Industriesektoren in den Ländern des nördlichen Europas, zum Teil auch in Übersee.

Diese Unterschiede verlangen nun ebenso nach einer zeitlich differenzierten Betrachtung. Ein Großteil des sektoralen Beschäftigungsverlusts in den 50er und 60er Jahren fand in der Landwirtschaft statt, während zu dieser Zeit der Industriesektor in absoluten (Beschäftigungs-) Zahlen in den meisten Ländern weiterhin expandierte. Erst in den 70er und 80er Jahren wurde der Rückgang der industriellen Beschäftigung zu einem sozialpolitischen Problem und damit auch politischen Thema. Betrachtet man die absoluten Zahlen anstelle der Beschäftigungsanteile (siehe Tabelle 1), so zeigt sich, dass der industrielle Sektor in den 60er Jahren in mehr als zwei Drittel der Länder weiterhin expandierte. Lediglich in 4 der 15 Ländern, die Iversen und Cusack untersuchten (Österreich, Belgien, Schweden, etwas ausgeprägter im Vereinigten Königreich), war in den 1960er Jahren ein leichter Rückgang der industriellen Beschäftigung bemerkbar. Es gibt daher wenig empirische Unterstützung für die Behauptung, De-Industrialisierung sei ein *„secular, long-term, and structurally driven process of labor shedding in both agriculture and industry [that set in] in the early 1960s"*.[9] Der Beschäftigungsrückgang im landwirtschaftlichen Bereich setzte direkt nach dem Zweiten Weltkrieg ein und war in den frühen 60er Jahren bereits seit mehr als 10 Jahren im Gange.[10] Der substantielle Beschäftigungsrückgang in der Industrie setzte jedoch erst 10 Jahre später ein, in den frühen 70er Jahren. Tabelle 1 macht deutlich, dass in absoluten Zahlen ausgedrückt in vielen Ländern in der gesamten Nachkriegszeit überhaupt keine De-Industrialisierung stattfand. Die USA, Kanada und Japan sind Länder mit einem substantiellen Beschäftigungszuwachs im industriellen Bereich, der den Beschäftigungsverlust im Ersten Sektor mehr als ausgleicht. Vergleicht man die absoluten Zahlen mit den relativen sektoralen Beschäftigungsanteilen in Iversens und Cusacks Aufsatz,[11] wird deutlich, wie stark beide Betrachtungsweisen voneinander abweichen. Wegen seiner Betonung des tatsächlichen Beschäftigungsverlusts in Landwirtschaft und Industrie verlangt das De-Industrialisierungsargument allerdings die Betrachtung der absoluten Zahlen.

Alles dies weist darauf hin, dass – falls es eine Verbindung von De-Industrialisierung und Wohlfahrtsstaat gibt – sie sich anders gestaltet als von Iversen und Cusack behauptet. Wenn sich Beschäftigte aus Furcht vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes und vor der damit einhergehenden Entwertung ihrer Qualifikationen politisch für großzügige sozialstaatliche Kompensationen einsetzten, dann scheint diese Kompensationsthese am ehesten für die 80er und 90er Jahre zuzutreffen, und hier vornehmlich für die Industriebeschäftigten. In den 60er Jahren hingegen ging ein Großteil des Anstiegs der erwerbstätigen Bevölkerung auf die gestiegene Arbeitskraftnachfrage des Industriesektors zurück. Die europäischen Staaten begannen in Reaktion auf die Arbeitskräfteknappheit Gastarbeiter anzuwerben und/oder die zuvor in der Landwirtschaft Beschäftigten umzuschulen, förderten zum Teil auch eine erhöhte Frauenerwerbsbeteiligung.[12]

Die wesentlichen sektoralen Beschäftigungsumschichtungen von der Landwirtschaft in den Industriesektor waren dabei weitgehend politisch und wirtschaftlich gewollt und gestalteten sich auch individuell eher problemlos. Mit der Aussicht auf bessere Löhne und Arbeitsbedingungen ging die Abwanderung aus der Landwirtschaft in die Industrie tatsächlich wesentlich rasanter vonstatten, als es selbst die ehrgeizigen politischen Planungen zur volkswirtschaftlichen Modernisierung in den 1950er und 60er Jahre vorgesehen hatten.[13] Dieser Sektorwandel bedurfte keiner wohlfahrtsstaatlichen Begleitung

National höchst unterschiedliche Beschäftigungsbewegungen werden von dem allgemeinen Begriff der De-Industrialisierung verdeckt (selbst dann, wenn man Beschäftigungsanteile statt der absoluten Beschäftigungszahlen betrachtet). Sie werden erst dann sichtbar, wenn man zwischen (in Ermangelung eines besseren Begriffs) ‚De-Ruralisierung' und ‚De-Industrialisierung' differenziert und drei verschiedene Zeitspannen unterscheidet: die 1950er und 1960er Jahre, die 70er Jahre und die Zeitspanne von 1980 bis 1995. Was aber sagen uns die Daten, wenn wir die Cusack/Iversen-Studie nach drei Zeitperioden und nach Sektoren differenziert replizieren?

Iversen und Cusack betrachten zwei abhängige Variablen: Die gesamten Staatsausgaben (government consumption) und die staatlichen Transferleistungen. Iversen und Cusack benutzen eine gepoolte Zeitreihenanalyse (Time Series Cross Section Analysis). Die erklärenden Variablen sind zeitverzögert, d.h. es wird unterstellt, dass beispielsweise die Außenhandelsöffnung in einem Jahr auf die Staatsausgaben des nächsten Jahres wirkt. Die unabhängigen Variablen sind sowohl als Niveau- als auch als Wachstumsvariablen integriert. Letztere schätzen kurzfristige Übergangseffekte (wie wirkt die Veränderung der Außenhandelsöffnung auf die Staatsausgaben des nächsten Jahres?), erstere langfristige Dauereffekte (wie wirkt das Niveau der Außenhandelsöffnung in einem Jahr auf die Staatsausgaben des nächsten?). Weil auch die Staatsausgaben eines Jahres selber auf die Ausgaben des nächsten Jahres wirken, ist auch die abhängige Variable zeitverzögert als unabhängige Variable, also auf der ‚rechten Seite' der Regressionsgleichung integriert. Iversen und Cusack

8 Fritz W. Scharpf, Employment and the Welfare State: A Continental Dilemma, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung [MPIfG] Working Paper 97/7 (1997); Evelyne Huber/John D. Stephens, Partisan Governance. Women´s Employment, and the Social Democratic Service State, in: American Sociological Review [ASR], 65 (2000), S. 323-342; Gosta Esping-Andersen, Social foundations of post-industrial Economies, Oxford 1999.

9 Iversen/Cusack, The Causes of Welfare State Expansion, in: WP 52 (2000) 3, S. 328.

10 Folke Dovring, Land and Labor in Europe in the Twentieth Century, Den Haag 1965.

11 Iversen/Cusack, The Causes of Welfare State Expansion, in: WP 52 (2000) 3, S. 315, Tabelle 1.

12 David Vail/Knut Per Hasund/Lars Drake, The greening of agricultural policy in industrial societies. Swedish reforms in comparative perspectives, Ithaca 1994.

13 Dovring, Land and Labor, 1965; Neville-Rolfe, The Politics of Agriculture, 1984.

Tabelle 1. Absolute Beschäftigungszahlen in Landwirtschaft und Industrie von 1950 bis 1993 in 15 Ländern

	Beschäftigung in der Landwirtschaft, Änderungen in 1000					Industriebeschäftigung, Änderungen in 1000					Beschäftigungs-saldo
	1950–60	1960–70	1970–80	1980–93	1950–93	1950–60	1960–70	1970–80	1980–93	1950–93	1950–93
Österreich	-352	-280	-123	-74	-829	138	-41	-65	19	51	-778
Belgien	-69	-126	-57	-22	-274	61	-76	-267	-259	-541	-815
Kanada	-344	-191	-7	-39	-581	209	472	713	-387	1007	426
Dänemark	-139	-106	-85	-43	-373	16	65	-56	-78	-53	-426
Finnland	-197	-262	-139	-131	-729	130	51	72	-254	-1	-730
Frankreich	-1033	-1395	-931	-757	-4116	128	900	-236	-1701	-909	-5025
Deutschland	-1439	-1319	-859	-134	-3751	3760	490	-1395	2403*	5258	1507
Italien	-1388	-2830	-882	-1411	-6511	1201	726	108	-704	1331	-5180
Japan	-5130	-4530	-3100	2090	-10670	8830	5530	1370	2550	18280	7610
Niederlande	-124	-80	-85	11	-278	141	137	-258	11	31	-247
Norwegen	-132	-93	-49	-48	-322	14	59	-1	-101	-29	-351
Schweden	-108	-210	-77	-100	-495	239	-19	-116	-351	-247	-741
Schweiz	-1	-86	-50	-41	-178	267	188	-244	-91	120	-58
Großbritannien	-144	-334	-130	-136	-744	-119	-359	-1510	-1939	-3927	-4671
Vereinigte Staaten	-2389	-2017	-38	-229	-4673	3124	3831	3286	-1408	8833	4160

Frankreich = 1954; Österreich = 1951; Italien = 1954; Dänemark = 1955; Japan = 1953

* Der Anstieg der Beschäftigung in der Industrie ist in erster Linie verursacht durch die Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland. Beschäftigungszahlen vor 1990 beziehen sich ausschließlich auf Westdeutschland.

kontrollieren für die institutionellen Unterschiede zwischen den Ländern durch die Integration von speziellen Ländervariablen bzw. Länderdummies.

Unterscheidet man nun nach Beschäftigungsverlust im Agrarsektor (‚De-Ruralisierung') und Beschäftigungsverlust im Industriesektor (De-Industrialisierung) und differenziert nach spezifischen Zeitperioden, zeigt sich folgendes Bild (Tabellen 2a – 2b). Die Tabellen berichten nicht die Koeffizienten der vielen Kontrollvariablen, sondern konzentrieren sich einzig auf diejenigen Strukturwandelvariablen, die in unserem Kontext von Interesse sind. Die für unseren Zusammenhang wichtigen Koeffizienten sind fett hervorgehoben.

Wie aus den Tabellen 2a und 2b ersichtlich, zeigt die nach Sektoren und Zeitperioden differenzierende Regressionsanalyse, dass ein Beschäftigungsrückgang im landwirtschaftlichen Bereich einen Einfluss auf die Ausgaben des Wohlfahrtsstaates lediglich in den 60er Jahren hatte (und hier vor allem auf die staatlichen Gesamtausgaben wirkte, nicht auf die Transferprogramme), in den darauffolgenden Jahrzehnten jedoch ohne Effekt blieb. Im Gegensatz dazu beeinflusste der Beschäftigungsrückgang im industriellen Bereich die Regierungsausgaben des Wohlfahrtsstaates in den 60er Jahren und in den 80er Jahren bis in die Mitte der 90er Jahre, in dieser letzten Periode jedoch ausschließlich in Form eines kurzfristigen, transitorischen Effekts.

Was verändert sich, wenn wir zusätzlich die Veränderungen in der Erwerbsbevölkerung berücksichtigen? Erneut zeigen sich periodenspezifische Effekte: der Rückgang industrieller Beschäftigung wirkt in den 80er Jahren bis Mitte der 90er Jahre wohlfahrtsstaatlich expansiv, der Rückgang der Agrarbeschäftigung aber hat – wenn überhaupt – einen geringen Effekt in den 60er Jahren. Dabei gibt es Hinweise auf regimespezifische Unterschiede: Der Beschäftigungsrückgang im Ersten Sektor macht sich abgeschwächt in den staatlichen Gesamtausgaben bemerkbar, die in den skandinavischen Ländern hoch sind, nicht aber in den sozialstaatlichen Transferprogrammen, die in den kontinentaleuropäischen Ländern den Wohlfahrtsstaat dominieren. Der spätere Beschäftigungsrückgang in der Industrie wirkt dann insbesondere auf diese staatlichen Transferprogramme, wird also vor allem in Kontinentaleuropa spürbar.

Tabelle 2a: Zeitspezifische Effekte des Beschäftigungsrückgang in der Landwirtschaft

	Δ Transfers	Δ Staatsausgaben
De-Ruralisierung	**0.032**	**0.030**
	(0.120)	**(0.013)****
Δ De-Ruralisierung	-0.044	-0.004
	(0.717)	(0.946)
De-Ruralisierung 1970s	-0.001	0.000
	(0.692)	(0.812)
De-Ruralisierung 1980s +	-0.000	-0.001
	(0.936)	(0.318)
Δ De-Ruralisierung 1970s	0.049	0.021
	(0.770)	(0.824)
Δ De-Ruralisierung 1980s +	0.020	-0.143
	(0.943)	(0.266)
De-Industrialisierung	0.044	0.044
	(0.012)**	(0.000)***
Δ De-Industrialisierung	0.200	0.130
	(0.000)***	(0.000)***
Beobachtungen	495	495
Zahl der Länder	15	15

p-Werte in Klammern, * signifikant auf dem 10% Niveau; ** signifikant auf dem 5% Niveau; *** signifikant auf dem 1% Niveau; Länderdummies werden nicht berichtet.

III. Der Rückgang landwirtschaftlicher Beschäftigung und der Wohlfahrtsstaat

Dies alles legt es nahe, zwischen dem Strukturwandel und der Sozialstaatsexpansion einen anderen Zusammenhang herzustellen als der in Iversen, Iversen und Cusack oder Huber und Stephens postulierte.[14] Wenn wir vom Sektorwandel in den ersten zwei Nachkriegsjahrzehnten sprechen, reden wir in erster Linie von der De-Ruralisierung. In dieser Zeit wurden

14 Iversen/Cusack, The Causes of Welfare State Expansion, in: WP 52 (2000) 3, S.313-349; Iversen, The Dynamics of Welfare State Expansion, in: Pierson (Hg.), 2001, S. 45-79; Evelyne Huber/John D. Stephens, Development and Crisis of the Welfare State. Parties and Politics in Global Markets, Chicago/London 2001; dies., Partisan Governance, in: ASR 65 (2000), S.323-342.

Tabelle 2b: Zeitspezifische Effekte des Rückgangs der industriellen Beschäftigung

	Δ Transfers	Δ Staatsausgaben
De-Ruralisierung	0.038	0.031
	(0.051)*	(0.006)***
Δ De-Ruralisierung	-0.025	-0.017
	(0.789)	(0.749)
De-Industrialisierung	**0.036**	**0.044**
	(0.029)**	**(0.000)*****
Δ De-Industrialisierung	0.003	0.079
	(0.971)	(0.073)*
De-Industrialisierung 1970s	-0.000	0.000
	(0.832)	(0.651)
De-Industrialisierung 1980s+	-0.001	-0.002
	(0.591)	(0.166)
Δ De-Industrialisierung 1970s	0.131	0.016
	(0.224)	(0.787)
Δ De-Industrialisierung1980s+	**0.421**	**0.107**
	(0.000)***	**(0.066)***
Beobachtungen	495	495
Zahl der Länder	15	15

p-Werte in Klammern; * signifikant auf dem 10% Niveau; ** signifikant auf dem 5% Niveau; *** signifikant auf dem 1% Niveau; Länderdummies werden nicht berichtet.

enorme Produktivitätszuwächse vor allem im Ersten, nicht im Zweiten Sektor erreicht.[15] Die Verdopplung des Einsatzes von Düngemitteln und der verstärkte Einsatz von Maschinen in Kombination mit der Erhöhung der durchschnittlichen Betriebsgröße, ermöglichten es der europäischen Landwirtschaft in kurzer Zeit, die Lebensmittelknappheit direkt nach dem Zweiter Weltkrieg in eine Situation des Überangebots an Lebensmitteln bereits in den frühen 60er Jahren zu verwandeln – und dies alles bei fortgesetztem Beschäftigungsrückgang. Während sich eine Marktsättigung für Konsumgüter erst in den 70er Jahren einstellte, die die glückliche, in den 50er und 60er Jahren vorherrschende Vereinbarkeit von realem Lohnwachstum und Vollbeschäftigung unterminierte,[16] so war der Markt für landwirtschaftliche Produkte bereits in den späten 50er in einem ganz treffenden Sinne ‚gesättigt'. Damit sank die Preiselastizität landwirtschaftlicher Produkte – billigere Nahrungsmittel führten nicht mehr automatisch zu einer erhöhten Nachfrage – und auf der Nachfrageseite ihre Einkommenselastizität – steigende Löhne führten nicht mehr automatisch zu einer höheren Nachfrage nach Nahrungsmitteln. Das Konsumverhalten änderte sich in den 50er Jahren in Richtung dauerhafter Konsumgüter. Das bedeutete, dass trotz der enormen Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft die Löhne mit den in der Industrie gezahlten Löhnen nicht Schritt halten konnten. Die Kombination aus push (Produktivitätszuwachs) und pull (steigendes Lohngefälle im Vergleich zur Industrie) liefert eine Erklärung für die rasante Geschwindigkeit, mit der sich in den ersten zwei Nachkriegsjahrzehnten in der OECD der Wandel in der Beschäftigungsstruktur von der Landwirtschaft hin zur Industriebeschäftigung, vollzog.

Dabei war dieser Wechsel der Beschäftigung vom Ersten in den Zweiten Sektor in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg zu einem weit überwiegenden Teil freiwillig. Ein in absoluten Zahlen weiterhin expandierenden Industriesektor mit attraktiveren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen machte eine wohlfahrtsstaatliche Begleitung dieses Prozesses weitgehend überflüssig: *„As long as economic growth could provide safe jobs in other industries and these jobs were better paid, nobody complained"*.[17] Auch gestaltete sich der Qualifikationstransfer vom Ersten in den Zweiten Sektor relativ unkompliziert in Zeiten ‚fordistischer Massenproduktion', in denen die Qualifikationsanforderungen an Fabrikarbeiter noch relativ gering waren.

Dies zeigt, dass sich der Prozess der De-Ruralisierung von dem der De-Industrialisierung grundsätzlich unterscheidet. Insbesondere was die Transportabilität von Qualifikationen anbetrifft, ist es offensichtlich, dass sich der Beschäftigungsübergang aus der Landwirtschaft in die Industrie weit weniger problematisch gestaltete als der Übergang von der Industrie in den Dienstleistungssektor. Die Ausweitung der Dienstleistungsbeschäftigung geht einher mit einer zunehmenden Spreizung der Qualifikationsanforderungen und damit auch einer erhöhten Lohnspreizung. Mit einem expandierenden Dienstleistungssektor wächst sowohl das Angebot an Jobs mit geringen als auch das an Jobs mit sehr hohen Qualifikationsanforderungen. Industriebeschäftigte müssen entweder in deutlich schlechter bezahlte Jobs wechseln oder in kostspielige Weiterbildung investieren. Ob nun die Kosten dieser Umschulungsmaßnahmen individuell oder kollektiv getragen werden, in jedem Fall sind sie teuer und machen sozialstaatliche Absicherung erforderlich. Eine wohlfahrtsstaatliche Flankierung ist entweder notwendig als Maßnahme des ‚Investitionsschutzes', wenn etwa Kündigungsschutzregeln die individuellen Weiterbildungsinvestitionen vor schneller Entwertung schützen, oder in Form einer direkten staatlichen Finanzierung der Fortbildung. So oder so verlangt die De-Industrialisierung – im deutlichen Gegensatz zum vorhergehenden Prozess der De-Ruralisierung – nach wohlfahrtsstaatlicher Absicherung, zumindest in den Ländern, in denen eine erhebliche Zunahme sozialer Ungleichheit politisch oder gesellschaftlich nicht hingenommen wird. Gibt es eine Verpflichtung auf ein bestimmtes Maß an sozialer Gleichheit, haben Regierungen die Option, entweder die Weiterbildung der Beschäftigten zu unterstützen oder die niedrigen Löhne in den neuen, gering produktiven Dienstleistungsjobs sozialstaatlich aufzustocken. Die Entscheidung, vor der Regierungen angesichts des Beschäftigungsverlusts in der Landwirtschaft standen, war hingegen eine gänzlich andere: sollten sie die Löhne in der Landwirtschaft subventionieren, um das Lohngefälle zur Industrie zu verringern und damit die Geschwindigkeit des Sektorwandels zu verlangsamen?[18]

Die Agrarpolitik in den skandinavischen und den kontinentaleuropäischen Ländern stimmte in ihren wesentlichen Zielen weitgehend überein. Erstens ging es um die Steigerung der Produktivität durch ‚technologischen Fortschritt' (Düngemittel und der Einsatz von Maschinen) ebenso wie durch eine Reform landwirtschaftlicher Besitzverhältnisse (‚Flurberei-

15 Dovring, Land and Labor, 1965.

16 Torben Iversen/Anne Wren, Equality, employment, and budgetary restraint: The trilemma of the service economy, in: World Politics [WP], 50 (1998), S. 507-546.

17 Reidar Almas, Family Farming in Norway, in: Boguslav Galeski/Eugene Wilkening (Hg.), Family Farming in Europe and America (Rural Studies Series of the Rural Sociological Society), Oxford 1987, S.71-94, Zitat S.86; siehe dazu auch Dovring, Land and Labor, 1965, S. 266-277.

18 Herzlichen Dank an Anne Wren, die auf diese prinzipiellen Unterschiede zwischen den beiden Prozessen des Strukturwandels hingewiesen hat.

nigung'), um die durchschnittliche landwirtschaftliche Nutzfläche zu vergrößern. Zweitens sollten sich die Löhne zwischen Erstem und Zweitem Sektor weitgehend im Gleichklang entwickeln. Aufgrund des Preisverfalls und der stagnierenden Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten (s.o.) konnte das zweite Ziel nicht alleine durch die Verwirklichung des ersten erreicht werden, sondern verlangte nach zusätzlichen staatlichen Interventionen. Protektionismus war eine politische Option, sowohl für die christdemokratisch regierten Länder in Kontinentaleuropa, wie für die sozialdemokratisch regierten Länder in Skandinavien. Für Erstere war dies eine Option im Rahmen der europäischen Common Agricultural Policy (CAP), für letztere war es eine nationale Option.

Mit den Römischen Verträgen war Agrarpolitik eine europäische Angelegenheit geworden. Die CAP kombinierte Importbeschränkungen mit garantierten, weit über dem Marktpreis liegenden Abnahmepreisen. Sie war ein Kompromiss zwischen Mitgliedstaaten mit bedeutendem Agrarsektor (insbesondere Italien und Frankreich) und Ländern wie Belgien und Deutschland, in denen der wirtschaftliche Strukturwandel bereits weiter voran geschritten war.[19] *Nationaler* Protektionismus in Kombination mit technologischem Fortschritt galt als Option für die Länder außerhalb der EU, insbesondere für die nordischen Länder und die Schweiz. Solange der expandierende industrielle Sektor die freigesetzte landwirtschaftliche Arbeitskraft auffangen konnte, traf die sozialdemokratische Politik der landwirtschaftlichen Modernisierung in den nördlichen Ländern auf nur geringen politischen Widerstand und schien politisch ohne Alternative.[20] Einzig über die Frage nach der Geschwindigkeit, mit der der zwangsläufige Übergang vom landwirtschaftlichen in den industriellen Sektor vollzogen werden sollte, kam es zum politischen Streit. In Schweden, wie auch in anderen skandinavischen Ländern, stellte sich eine durch die Agrarparteien unterstützte Bewegung, die dem Ideal des bäuerlichen Familienbetriebs verpflichtet war (‚family farm movement'), gegen eine Regierungspolitik, die auf große Betriebsgrößen und einen beschleunigten Strukturwandel setzte.[21] Die Agrarparteien, zentral im skandinavischen Parteiensystem verankert und in den 50er und 60er Jahren oft in der Regierung vertreten oder sozialdemokratische Minderheitsregierungen tolerierend, waren effektive Vertreter der Interessen kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe.[22] Die häufigen rot-grünen Koalitionen zwischen Sozialdemokraten und den Agrarparteien profitierten von ihrer Kooperationserfahrung aus der Zwischenkriegszeit, als beide Parteien bei der Bewältigung der Weltwirtschaftskrise, die Landwirtschaft wie Industrie gleichermaßen stark getroffen hatte, bereits eng zusammen gearbeitet hatten.[23]

Die Rationalisierung und Modernisierung im Agrarsektor ab 1947 setzte eine große Zahl von Personen frei, die nun eine Beschäftigung in der Industrie finden mussten. Die schwedische Regierung unterstützte diesen Prozess durch Fortbildungs- und Umsiedlungsmaßnahmen,[24] teilweise auch durch Förderung von Industrieansiedlungen in ländlichen Regionen.[25] Die Arbeitskräfteknappheit in der Industrie veranlasste einerseits öffentliche Ausgaben für Weiterbildungsprogramme, und andererseits motivierte sie die zuvor in der Landwirtschaft Beschäftigen, in diesem Sektor nach Arbeit zu suchen angesichts der Aussicht auf höheres Einkommen und angesichts der Subventionen, mit denen die Aufgabe landwirtschaftlicher Betriebe gefördert wurden. Doch das waren nicht die einzigen politischen Modernisierungsmaßnahmen. Dass Frauen zunehmend im expandierenden kommunalen Dienstleistungssektor, wie z.B. im Gesundheitswesen, der Kinderbetreuung oder im Schulwesen, Beschäftigung fanden, half den ländlichen Familien, das Familieneinkommen zu stabilisieren oder sogar zu erhöhen. Ein zentraler Unterschied zwischen der nordischen und der kontinentalen Agrarpolitik bestand also darin, dass in Skandinavien die Regierungen nicht nur (männlichen) Bauern halfen, in der Industrie Beschäftigung zu finden, sondern auch Frauen darin unterstützten, vom landwirtschaftlichen in den – meist kommunalen – öffentlichen Dienstleistungsbereich zu wechseln.[26] Der schwedische Fall ist in dieser Hinsicht exemplarisch:

„local public sector has accounted for all employment growth in Sweden since the early 1960s" und *„all of it has been by women".*[27] Der deutliche Anstieg der Frauenerwerbsbeteiligung in den skandinavischen Ländern scheint daher unzureichend mit einem pauschalen Hinweis auf eine angebliche *„social democratic ideology of equality"* erklärt, die *„expanded from the traditional domain of class relations to gender relations".*[28] Vielmehr scheint die aktive politische Förderung des Strukturwandels einen zentralen Beitrag zu diesem Prozess geleistet zu haben. Aber in diesem Prozess spielten neben der Sozialdemokratie auch die Agrarparteien eine ganz wesentliche Rolle.

In Kontinentaleuropa hingegen folgte – meist unter dem Einfluss christdemokratischer Parteien – die Reaktion auf die De-Ruralisierung eher einem inter-generationalen Muster. Sozialstaatliche Transferprogramme (insbesondere die Altersversicherung für Landwirte) wurden zu einem Instrument der Agrarpolitik, wenn Vorruhestandsprogramme es den Landwirten erleichtern sollten, ihre Höfe aufzugeben. Der entscheidende Unterschied

19 Andrew Moravcsik, The choice for Europe. Social purpose and state power from Messina to Maastricht, Ithaca, N.Y. 1998.

20 Almas, Family Farming, in: Boguslav Galeski/Eugene Wilkening (Hg.), 1987, S.86; Ulrich Nitsch, A persistent Culture: Some Reflections on Swedish Family Farming, in: dies. (Hg.),1987, S 103.

21 David Vail/Knut Per Hasund/Lars Drake, The greening, 1994.

22 Daniele Caramani, Elections in Western Europe since 1815. Electoral Results by Constituencies (The Societies of Europe, Bd. 1), London/New York, 2000; ders, The Nationalization of Politics, 2004; Philip Manow/Kees van Kersbergen, The impact of class coalitions, cleavage structures and church–state conflicts on welfare state development, Political Science Working Papers, Vrije Universiteit Amsterdam 2006/03;
dies. (Hg.), Religion, Class Coalitions and the Welfare State. (Cambridge Series on Social Theory, Politics and Religion), New York 2009.

23 Gregory Luebbert, Liberalism, Fascism and Social Democracy. Social Classes and the Political Origins of Regimes in Interwar Europe, New York 1991.

24 David Vail/Knut Per Hasund/Lars Drake, The greening, 1994, S. 70f.

25 Lars Olof Persson, Support for Agriculture - an Appropriate Regonial Policy Instrument? The Case of Northern Sweden, in: Journal of Rural Studies 5 (1989) 4, S. 349-359; ders./Erik E. Westholm, Turmoil in the Welfare System Reshapes Rural Sweden, in: Journal of Rural Studies 9 (1993) 4, S. 397-404, Hier S. 398.

26 Fritz W. Scharpf, Employment and the Welfare State: A Continental Dilemma, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung [MPIfG] Working Paper 97/7 (1997).

27 Sherwin Rosen, Public Employment and the Welfare State in Sweden, Journal of Economic Literature [JEL], 34 (1996) 2, S. 729-740, Zitat S. 729.

28 Evelyne Huber/John D. Stephens, Partisan Governance, in: ASR 65 (2000), S. 326.

ist, dass auf dem Kontinent eine zeitgleiche Expansion der Beschäftigung im öffentlichen oder privaten Dienstleistungssektor nicht stattfand.

IV. Zusammenfassung

War die De-Industrialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg der wesentliche Motor der wohlfahrtsstaatlichen Expansion in den entwickelten Industrienationen? Wie gezeigt, erscheint es bereits irreführend, den Beschäftigungsrückgang im Landwirtschaftssektor mit dem in der Industrie unter dem Begriff der „De-Industrialisierung“ zusammenzufassen. Die OECD-Länder haben am Ende des Zweiten Weltkrieges sehr unterschiedliche sektorale Beschäftigungsstrukturen und waren in der Folge auch unterschiedlichen Prozessen des Sektorwandels unterworfen. Dabei zeigt sich – grob gesprochen – ein skandinavisches und ein kontinentales Anpassungsmuster mit Unterschieden in ihrer parteipolitischen Begleitung: Sozialdemokratische Parteien und Agrarparteien, die in den skandinavischen Ländern politische Antworten auf den erheblichen Beschäftigungsrückgang im Agrarsektor finden mussten einerseits, und christdemokratische Parteien andererseits, die in Kontinentaleuropa zur gleichen Zeit ebenfalls die Interessen der Bauern angesichts der erheblichen Rationalisierungsprozesse im Ersten Sektor zu wahren hatten, die aber insbesondere 20 bis 30 Jahre später durch den starken Beschäftigungsabbau im industriellen Sektor gefordert wurden. Der Wohlfahrtsstaat kam dabei erst beim Übergang vom Industriesektor in den Dienstleistungssektor wirklich ins Spiel, der vorangehende Wechsel aus der Landwirtschaft in die Industrie musste nicht besonders wohlfahrtsstaatlich abgefedert werden.

Wir können die These von Iversen und Cusack daher allenfalls für bestimmte Zeitabschnitte und auch nur für bestimmte Aspekte der Wohlfahrtsstaatlichkeit bestätigen. Dabei zeigte sich, dass die Abwanderung von der Landwirtschaft in die Industrie in den 50er und 60er Jahren wesentlich unproblematischer verlief als der spätere Übergang in eine postindustrielle Gesellschaft. Der industrielle Sektor war einfach deswegen attraktiv, weil er bessere, sicherere und lukrativere Arbeitsplätze bot. Auch wirkte die Sektorgrenze zwischen Landwirtschaft und Industrie kaum als Qualifikationsbarriere. Daher erklärt der Sektorwandel in den ersten zwei bis drei Nachkriegsdekaden auch nicht die in diesem Zeitraum sich vollziehende enorme Wohlfahrtsstaatsexpansion.

Philip Manow
Telefon: 0421/218-58580
manow@zes.uni-bremen.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Zentrum für Sozialpolitik · Universität Bremen
UNICOM- Gebäude
Mary Somerville-Str. 5, 28359 Bremen

Redaktion: Dr. Christian Peters

Gestaltung: Wolfgang Zimmermann, Sonja Rose

Sekretariat: Sonja Rose
Tel.: 0421/218-58500 · Fax: 0421/218-58622
srose@zes.uni-bremen.de

Auflage: 600

erscheint zweimal jährlich · ISSN-Nr. 1619-8115